

## JA! Parolen für den 13. Juni 2010

### Stadt Bern

- › Initiative Initiative "Keine gewalttätigen Demonstrationen!" NEIN
- › Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an die Regionalkonferenz Bern-Mittelland oder an die Teilkonferenz: Teilrevision Gemeindeordnung (GO): JA
- ›
- › ZPP Mingerstrasse: Abgabe von Land im Baurecht und Verkauf eines Einstellhallengeschosses: JA

## ja!genda

- › 27. Mai, 19.15 Uhr, Grundrechte in multikulturellen Gesellschaften, Podiumsdiskussion, Politforum Käfigturm.
- › 31. Mai, 20 Uhr, Reitschule: Vollversammlung Solidaritätskomitee „Reitschule bietet mehr“
- › 2. Juni, 13.30 Uhr Übergabe Manifest „Kein Kind ist illegal“ an den Bundesrat
- › 5./6. Juni: JA!Retraite
- › 13. Juni: Abstimmungen! Nicht verpennen, an die Urne rennen.
- › 26. Juni, 14.30 Uhr Waisenhausplatz: Gesamtschweizerische Grossdemo. Freiheit, Gleichheit Würde. Für mich und Dich. Infos: [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

Unsere homepage [www.jungealternative.ch](http://www.jungealternative.ch) wird regelmässig mit den neuesten Terminen aktualisiert, vorbeisurfen lohnt sich um auf dem Laufenden zu bleiben!

## interessiert? komm vorbei!

wir treffen uns jeden zweiten Dienstag abend im JA!-Seki an der Neubrückestrasse 17 in Bern (Buslinie 11 „Neufeld“ oder 21 „Bremgarten“ bis Haltestelle „Henkerbrännli“, > gegenüberliegende Strassenseite erstes Haus an der Kreuzung:

Di, 1. Juni

Di, 15. Juni

Di, 29. Juni

Di, 13. Juli

Di, 27. Juli

...et cetera (jeder zweite Dienstag)

## Impressum

Der ja!rgon erscheint 4 mal jährlich  
Junge Alternative JA!  
Postfach 6874  
3001 Bern  
Telefon 031 301 82 09  
Telefax 031 302 88 78  
[info@jungealternative.ch](mailto:info@jungealternative.ch)  
[www.jungealternative.ch](http://www.jungealternative.ch)  
Postkonto 30-1054-3

Redaktion dieser Ausgabe:

Rahel Ruch, Lea Bill, Sarah Meyer,  
Lorenz Stalder, Barbara Zimmermann,  
Seraina Patzen, Alice Galizia

Gestaltung: Regula Zimmermann

Layout: Barbara Zimmermann

Lektorat: Lena Müller, Lea Bill





Bild: <http://www.reitschulebietetmehr.ch>

## Reitschule *bietet mehr*

*Am 26. September 2010 stimmt das Berner Stimmvolk über die Initiative „Schliessung und Verkauf der Reitschule“ ab. Darin fordert die SVP den „Verkauf der Reitschule an den Meistbietenden“. Der Verlust der Reitschule würde für die Stadt Bern den Verlust einer lebendigen, vielfältigen Kulturinstitution bedeuten. Von Seraina Patzen*

### **Die Initiative**

Die Initiative „Schliessung und Verkauf der Reitschule“ wurde von SVP Stadtrat Erich Hess, Präsident des Initiativkomitees, im März 2009 mit 5041 Unterschriften eingereicht. Bereits zum fünften Mal seit 1990 wird dem Stimmvolk eine Initiative zur Schliessung der Reitschule vorgelegt. Viermal haben sich die BernerInnen schon für die Erhaltung der Reitschule ausgesprochen, trotzdem versucht es die SVP ein fünftes Mal.

Diesmal fordert die Initiative den Verkauf der Reitschule an den Meistbietenden. Nach der Vorstellung des Initiativkomitees könnte an Stelle des „Schandflecks Reitschule“ ein Hallenbad, Büros oder ein Einkaufszentrum entstehen.

### **Geschichte der Reitschule**

Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Reitschule

und die Initiativen zu ihrer Abschaffung:

1987 entstand durch zweite Besetzung – die erste, 1981, dauerte nur ein Jahr und wurde gewaltsam geräumt – das Kultur- und Begegnungszentrum Reitschule, das erstmals wirklich Platz für ein alternatives und nicht-kommerzielles Kulturprogramm in Bern bot.

1990 gab es dann schon die erste Initiative zum Abbruch der Reitschule. Die Argumente der GegnerInnen haben sich seit damals nicht verändert. Die Reitschule sei ein Schandfleck und störe das Stadtbild von Bern. Zudem seien die BesucherInnen der Reitschule sowieso alle Gewalttätige oder DrogendealerInnen. Die Initiative wurde mit 57.5% Nein-Stimmen abgelehnt.

1999 wurde der Baukredit zur Sanierung der Reitschule vom Stimmvolk genehmigt und die Initiative „Reitschule für alle“ im Jahr 2000, die ein Einkaufszentrum anstelle der Reitschule forderte, klar verworfen.

Fortsetzung auf Seite 2

Der Trubel um die Grossratswahlen ist vorbei, die JA! konnte sich leider keinen Sitz ergattern. Doch die Ergebnisse unserer drei KandidatInnen sind beachtenswert und zeigen, dass ein Bedürfnis nach junger, alternativer Politik vorhanden ist. Deswegen haben wir gar nicht erst Halt gemacht und uns bereits für die nächsten Herausforderungen gewappnet, denn dieser Sommer wird politisch brisant: Das Referendum gegen die AVIG-Revision steht an, ein weiterer Angriff der Bürgerlichen auf die Reithalle muss abgewehrt werden, die Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ wurde lanciert und die Abstimmung über den Entfernungsartikel steht bevor. Dies sind jedoch nur die Highlights, denn auch das alltägliche Geschäft geht weiter. Die JA! wird sich daher im Juni gemeinsam für ein Wochenende aus Bern zurückziehen, um weitere Themen zu erarbeiten. Schon jetzt steht fest, dass wir uns auch diesen Sommer wieder für die VelofahrerInnen in der Stadt Bern einsetzen werden. Ausserdem wollen wir uns mit den Grundrechten im öffentlichen Raum auseinandersetzen. Voll motiviert starten wir in dieses aufregende Quartal. Der politische Kampf lebt jedoch nicht vom guten Willen alleine, auch wir sind auf ein finanzielles Rückgrad angewiesen. Wir sind daher für jede Geldspende dankbar. Ihr könnt so Teil unseres Engagements für eine bessere Stadt werden.

Von Lorenz Stalder

**Inhaltsverzeichnis**

Reitschule bietet mehr	Seite 1
Editorial	Seite 2
Faire Steuern für alle!	Seite 3
Ein teurer Spass	Seite 4
Sexuelle Gewalt in Krisengebieten	Seite 4
AMOK	Seite 4
Nein zur Initiative "keine Gewalttätigen Demonstranten"	Seite 5
Homo homini lupus est	Seite 6
Sackgasse Asylverfahren	Seite 7
Vermischtes	Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

2005 forderte dann die Initiative „keine Sonderrechte für die Reitschule“, dass die IKuR (Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule) Miete und Zinsen für die Benutzung der Reitschule zahlen müsse. Seit 2004 existiert aber ein Miet- und ein Leistungsvertrag zwischen der IKuR und der Stadt Bern, der regelt, wie viel Abgaben die Reitschule an die Stadt macht und wie viel die Stadt für den kulturellen Beitrag, den die Reitschule leistet, zahlt. Die Reitschule wird nach diesen Verträgen wesentlich weniger unterstützt als andere Kulturinstitutionen. So wurde denn auch diese Initiative mit 65% Nein Stimmen klar abgelehnt.

So blieb die Reitschule, dank der Unterstützung der BernerInnen, bis heute ein Kultur- und Begegnungszentrum.

**Kulturprogramm der Reitschule**

Laut Initiativtext wird in der Reitschule nur „um nach aussen hin einen positiven Eindruck zu vermitteln, [...] ein einseitiges alternatives Kulturprogramm präsentiert.“

Doch als einseitig kann das Kulturprogramm der Reitschule nur bezeichnen, wer sich noch nie ernsthaft dafür interessiert hat. Monat für Monat wird in der Reitschule durch verschiedene Arbeitsgruppen ein engagiertes, kritisches und vielfältiges Programm auf die Beine gestellt, das sich sehen lassen kann. Von Konzerten aller Musikrichtungen über Theater, Disco, Kino und Restaurantbetrieb, von international bekannten DJs im Dachstock, über aktuelle Theaterstücke im Tojo bis zu den Kinderfilmen im Kino, die jeweils am Flohmarktsonntag gezeigt werden, ist alles vorhanden. Dies alles ist nur dank vielen Stunden Freiwilligenarbeit und aufrichtigem Engagement möglich. Die vielen unterschiedlichsten BesucherInnen sind denn auch der Beweis dafür, dass viele Menschen dieses Engagement schätzen und sich für ein alternatives, nicht-kommerzielles Kulturprogramm interessieren.

**Reitschule bietet mehr**

Das Komitee „Reitschule bietet mehr“ koordiniert und organisiert den Abstimmungskampf der Reitschule für ein Nein am 26. September. Das Komitee besteht vor allem aus aktiven Mitgliedern der verschiedenen Arbeitsgruppen. Organisiert ist das Komitee in verschiedenen Gruppen, die sich um die unterschiedlichen Aufgaben im Abstimmungskampf kümmern.

In den Gruppen entstehen viele kreative Ideen, an deren Umsetzung jetzt gearbeitet wird. Geplant sind verschiedene unterschiedliche Aktionen, mit denen man versucht Menschen zu erreichen, die sonst nichts mit der Reitschule zu tun haben und nicht viel über das Kultur- und Begegnungszentrum wissen. Zu diesem Zweck wird es auch regelmässige Führungen durch die Reitschule geben. Es ist wichtig, das Vorurteil von der Reitschule als „Hort von Gewalttätern und Drogendealern“, das bei vielen Menschen immer noch sehr präsent ist, zu entkräften und reitschulkritischen Menschen zu zeigen, wie viel in der Reitschule zum Kulturprogramm der Stadt Bern beigetragen wird. Auch geplant ist eine CD, mit Musikstücken von KünstlerInnen, die sich für die Reitschule einsetzen, zwei Spots, die an Standorten wie den Leinwänden am Treffpunkt im Bahnhof Bern gezeigt werden oder auch Reitschulbadehosen.

Die JA! unterstützt das Komitee „Reitschule bietet mehr“ aktiv und setzt sich für ein Nein zur Initiative am 26. September ein. Wir wollen eine bunte und vielfältige Stadt Bern, in der es Raum für alternative Kultur und neue Ideen gibt.

Weitere Informationen unter [www.reitschulebietetmehr.ch](http://www.reitschulebietetmehr.ch).

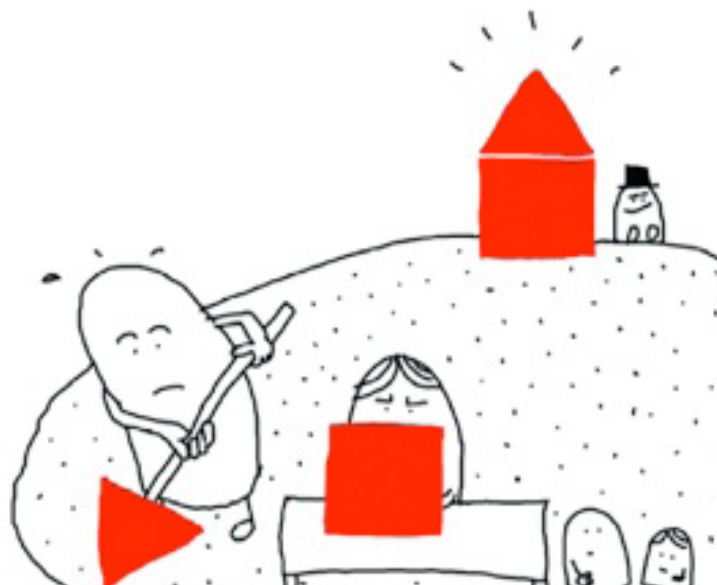


Bild: "Komitee faire Steuern für alle"

## Faire Steuern für alle!

*Nachdem die bürgerliche Mehrheit des Berner Grossrates Steuersenkungen, insbesondere für Gutsituierte, beschlossen und die Abschaffung der Pauschalsteuer abgelehnt hat, wurde am 1. Mai von einem links-grünen Bündnis eine Initiative für faire Steuern lanciert. Von Lea Bill*

November 2009, Rathaus Bern, 1. Lesung zur Revision des Steuergesetzes: Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates kann sich in fast allen Punkten durchsetzen. Das Parlament beschliesst Steuersenkungen, welche jene vom Gemeinderat bei Weitem übertreffen. Insbesondere kinderlose Gutverdienende profitieren von den Senkungen; der Kanton Bern müsse endlich wieder im interkantonalen Steuerwettbewerb mithalten können, heisst es von bürgerlicher Seite.

Und die Linke? Sie hat mit ihren Anträgen keine Chance. So wird die Forderung nach Abschaffung der Pauschalsteuer für reiche AusländerInnen abgelehnt und auch Korrekturen bei der Liegenschaftssteuer, welche dem Problem der Zweitwohnungen entgegenwirken sollten, wurden von der bürgerlichen Mehrheit aus Angst vor der Benachteiligung von HauseigentümerInnen abgelehnt.

Und: Die Bürgerlichen hoffen, den einzigen Punkt, bei den sie nicht durchsetzen konnten, Senkungen bei der Vermögenssteuer, sich in der 2. Lesung im März 2010 durchsetzen zu können. Doch soweit kommt es dann doch nicht: Statt einer Ausweitung der Senkungen haben die Bürgerlichen angesichts des grossen und erfolgreichen Widerstandes des Gemeindeverbandes – er befürchtete nicht verkräftbare Lücken in den Gemeindefinanzen – ihre Steuersenkungsforderungen heruntergeschraubt und sich mit einem Bruchteil der ursprünglichen Senkungen zufrieden gegeben.

Doch wer sich jetzt über einen Sieg der Linken in der 2. Lesung freut, der/die freut sich zu früh. Denn bei der Vermögenssteuer brachten die Bürgerlichen tatsächlich eine Senkung durch, die Pauschalsteuer wurde auch bei der 2. Lesung nicht abgeschafft und die Senkungen bei der Einkommenssteuer berücksichtigen Gut- und Schlechtverdienende gleichermassen, so dass von einer fairen Entlastung kleiner Einkommen nicht die Rede sein kann.

Dies ist denn auch der Grund, dass ein Bündnis von Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, SP, Grüne, EVP und JA! die Lancierung einer Initiative für faire Steuern beschlossen hat. Die Initiative enthält folgende Punkte:

- › - Abschaffung der Pauschalsteuer. Diese ist nicht nur ungerecht, sondern auch unsinnig. Denn, es kann nicht sein, dass für einige wenige Reiche andere Regeln gelten als für den Rest der Bevölkerung. Und das Argument, dass durch die Streichung der Pauschalsteuer Tausende von Arbeitsplätze gefährdet würden, ist haltlos: Die betroffenen AusländerInnen fallen für den Tourismus und die Wirtschaft nur in einem kleinen Mass ins Gewicht.
- › - Erhöhung der Kinderabzüge von 6300 auf 8000 Franken. Es ist insbesondere in Krisenzeiten wichtig, dass Familien entlastet werden, ist es doch so, dass bei finanziellen Engpässen der Eltern immer auch die Kinder in Mitleidenschaft gezogen werden.
- › - Teilweise Korrektur der Steuersenkungen, welche vom Grossen Rat 2010 beschlossen worden sind. Die geplante Steuersenkung trägt Nichts dazu bei, dass endlich Menschen mit tiefen Einkommen entlastet werden und solche mit hohem Einkommen der Höhe ihres Geldes entsprechend Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen müssen.

Tragen wir also alle dazu bei, dass das Steuergesetz des Kantons Bern, zumindest zu einem gewissen Teil, Menschen mit kleineren Einkommen entlastet und gleichzeitig Steuerergänzung für ein paar wenige Reiche einen Riegel schiebt. Unterschreiben wir alle die Initiative „Faire Steuern – Für Familien“!

Unterschriftenbogen unter: [www.jungealternative.ch](http://www.jungealternative.ch)



Bild: <http://www.student.uni-holdenbourg.de/thomas.reich/>

## Ein teurer Spass

*In den letzten zehn Monaten habe ich meinen Militärdienst geleistet. Dass man dort viele wertvolle Erfahrungen sammeln kann, ist allgemein bekannt. Was man aus diesen Erfahrungen über das Militär lernen könnte*

Wenn beim Morgenanreten in der Kaserne die Nationalflagge gehisst wurde, schien es im Licht der aufgehenden Sonne, als ob sie lichterloh brennen würde. Angeblich verbrannten wohl eher unpatriotische Rekruten einige Jahre früher tatsächlich die Fahne, worauf diese lange Zeit nicht mehr offen aufgehängt wurde. Gut möglich, dass es wahr ist, doch genauso gut kann es eine der unzähligen Legenden sein, die man sich über die Armee erzählt: die Mannwerdung, dass man den Rekruten „Antibock“ in den Orangensaft mischt (zumindest davon merkt man mit Sicherheit nichts), dass schon ein Streifschuss mit dem Sturmgewehr tödlich sein soll, das unüberwindbare Réduit, die ungeschlagenen Panzerschlachten und Luftkämpfe der Zukunft.

Wenigstens scheint der Militärdienst bei gewissen Menschen die Phantasie anzukurbeln, was an sich eine schöne Sache sein könnte, wenn sie nicht so kostspielig wäre. Denn wie sehr das Umfeld der Armee zur Legendenbildung neigen mag, die Kosten sind zwar legendär, aber sehr real.

Was dem aufmerksamen Zivilisten zwar schon bewusst ist, wird dem Angehörigen der Armee noch viel deutlicher vor Augen geführt: Die Herren und Damen in der Armee brauchen sich keine Sorgen zu machen, dass ihnen der Geldhahn zgedreht wird, denn der Schweizer Souverän steht standhaft hinter seinen bewaffneten Streitkräften.

Traurig, denn wenn die Kosten das einzige Problem bei der Armee wären, könnte man eigentlich noch mit ihr Leben. Dort werden jedoch Tag für Tag BürgerInnen in eine menschenverachtende Maschinerie eingegliedert, in welcher ihr Potential und ihre Arbeitskraft brachliegen. Ein Zustand der einer demokratischen Gesellschaft nicht gerecht wird... Von Lorenz Stalder

## Sexuelle Gewalt in Krisengebieten

*Vergewaltigungen und andere Arten von sexualisierter Gewalt sind massive Menschenrechtsverletzungen. Sie hinterlassen bleibende psychische und physische Schäden bei den Opfern.*

In bewaffneten Konflikten sind systematische Vergewaltigungen Teil der Kriegsführung und das nicht erst seit gestern. Es ist Machtausübung mit sexuellen Mitteln. Ziel ist es, die Gesellschaft

des Feindes zu zerstören. Nachdem Frauenrechtsorganisationen schon lange auf den Misstand aufmerksam machen, wurde 2008 die UNO Resolution 1820 verabschiedet, welche sexuelle Gewalt in Bewaffneten Konflikten zum Katalog der Kriegsverbrechen hinzufügt. Das hat zur Folge, dass Verantwortliche nun zur Rechenschaft gezogen werden können und sich möglicherweise vor dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten müssen.

Im Zusammenhang der genannten Menschenrechtsverletzungen ist die Gesundheit von betroffenen Frauen besonders beeinträchtigt. Da sie aber nicht als primäre Kriegsoffer wahrgenommen werden, also als solche, die in direkten Kampfhandlungen verletzt wurden, erhalten sie oft nicht die Hilfe, die sie bräuchten. Insbesondere ist es wichtig, dass sie rechtzeitig mit Medikamenten behandelt werden, die HIV oder einer Schwangerschaft vorbeugen.

Eine Organisation, die sich seit 1993 für Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt, ist Medica Mondiale. Gegründet wurde sie von Monika Hauser, einer Ostschweizer Gynäkologin, die auf eigene Faust ins Kriegsgebiet in Bosnien reiste, nachdem sie von den systematischen Vergewaltigung las. Zusammen mit lokalen Ärztinnen und Psychologinnen war sie mit einer alten Ambulanz im ganzen Land unterwegs um möglichst viele Frauen zu erreichen. Heute ist Medica Mondiale in 9 Ländern tätig, hauptsächlich in Afrika (Kongo, Liberia, Ruanda etc), in Afghanistan, im Nahen Osten und Balkan. Von Barbara Zimmermann

Mehr Infos unter: [www.medicamondiale.org](http://www.medicamondiale.org)

## AMOK

*Rektoren eines Gymnasiums wollen Schlagzeilen vermeiden – geben wir sie ihnen!*

Die Theatergruppe des Gymnasiums Neufeld wollte im März ihr Stück „Koma“ aufführen. Darin geht es um das Thema Amok. Es sollte ein spektakuläres Stück werden, das dem Publikum ein unbehagliches Gefühl geben sollte. Im Februar, nach einem halben Jahr Proben, riefen die Rektoren die Gruppe zu sich und teilten ihnen mit, dass sie ihr Stück nicht aufführen dürfen. Grund dafür sei, dass man ein Stück mit einem solch brisanten Thema nicht zeigen könne. Nachahmungs-täter seien natürlich nicht im Interesse der Schulleitung. Der Hauptgrund war aber offenbar, dass man keine üblen Schlagzeilen sehen wollte. Schon einmal verursachte ein Stück der Theatergruppe Schlagzeilen, weil darin ein Blow-Job vorkam. Reaktionen wie damals sollen wohl jetzt vermieden werden. Für eine Schule, die immerhin den Anspruch hat, „eigenständiges Denken und Handeln“ (Leitbild) zu fördern, wirkt dieses Verbot etwas engstirnig. Wahnsinnig sinnvoll ist es jedenfalls nicht, einem Problem einfach aus dem Weg zu gehen und es zu verbieten, anstatt darüber zu sprechen. Im Falle von Amok wäre es ja gerade interessant, eine Diskussion zu beginnen und damit das Problem zu thematisieren. Aber als Schulleiter wissen sie das ja sicher besser. Bleibt für sie nur zu hoffen, dass niemand davon erfährt. Von Alice Galizia

# NEIN zur Initiative „Keine gewalttätigen Demonstranten!“

*Am 13. Juni stimmen wir in der Stadt Bern über die Initiative „Keine gewalttätigen Demonstranten!“ ab. Drei Argumente für ein entschlossenes Nein. Von Rahel Ruch*

## **Worum es geht**

Die Initiative verlangt die Einführung eines so genannten „Entfernungsartikels“. Mit diesem Artikel soll die Polizei die Kompetenz erhalten, eine Demonstration aufzulösen, indem sie ankündigt, dass sich alle TeilnehmerInnen entfernen sollen. Wer das nicht tut, kann gebüsst werden. Der Artikel im Wortlaut:

### › **Artikel 5 bis Pflichten der Teilnehmenden**

Teilnehmende haben sich unverzüglich von einer Kundgebung zu entfernen, wenn sie von der Polizei darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Kundgebung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgelöst werden muss.

### › **Artikel 8 Strafbestimmungen**

1 Mit Busse bis zum Höchstmass gemäss der kantonalen Gesetzgebung wird bestraft

a. (...) b. (...)

c. Wer als Teilnehmende oder Teilnehmender sich nicht unverzüglich von einer Kundgebung entfernt, sobald sie oder er von der Polizei darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Kundgebung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgelöst werden muss (Art. 5 bis).

## Grundrechtswidrig

Die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit ist nicht neu. Der Entfernungsartikel wurde auch in Bern schon mehrmals diskutiert. Demonstrieren – so scheint es – wird von gewissen Kreisen nicht mehr als demokratiepolitisch unabdingbares Grundrecht wahrgenommen, sondern wird als Partikularinteresse abgestempelt und mit Tätigkeiten wie samstägliches Einkaufen gleichgesetzt.

Mit dem Entfernungsartikel, der angeblich gegen gewalttätige Ausschreitungen helfen soll, werden alle TeilnehmerInnen einer Kundgebung unter einen Generalverdacht gestellt. Entscheidend für eine Busse ist nicht die Beteiligung an einer Straftat, sondern einzig und allein die Anwesenheit an einer Demonstration. Damit wird das verfassungsmässige Recht auf Versammlungsfreiheit und auf freie Meinungsäusserung übermässig eingeschränkt.

Hinzu kommt die Tatsache, dass keine Kriterien vorhanden sind, wann der Entfernungsartikel zur Anwendung kommen kann. Gemeinderat Reto Nause machte in der Stadtratsdebatte deutlich, dass eine Auflösung schon „bei einer aufziehenden oder drohenden Eskalation“ möglich sein sollte. Konkret heisst das: Die Polizei darf eine Kundgebung bereits dann auflösen, wenn sie den Eindruck hat, dass im Verlaufe einer Demo möglicherweise Sachscha-

den entstehend könnte. Worauf diese schwammige Bestimmung hinausläuft, ist klar: Willkür.

## **Nicht umsetzbar**

Die Einführung des Entfernungsartikels ist nicht nur aus grundrechtspolitischen Gründen abzulehnen. Tatsache ist auch, dass er kaum umsetzbar ist. Obwohl die Initianten immer wieder betonen, dass der Artikel eine „praxisnahes Instrument“ für die Polizei schaffe, ist niemandem klar, wie diese Umsetzung tatsächlich aussehen sollte. Stellen wir uns eine der grossen Friedensdemonstrationen gegen den Irak-Krieg vor. An diesen Demonstrationen haben bis zu 40'000 Menschen teilgenommen. Würde dann die Polizei eine Ankündigung verlesen, dass sich alle sofort zu entfernen haben – wäre weder klar, ob alle die Ankündigung mitbekommen, noch ob schliesslich die „Richtigen“ gebüsst werden: Wer kann denn schon beurteilen, ob jemand, der im Begriff ist, ein Geschäft zu verlassen und in die Situation hineingerät, DemonstrantIn oder PassantIn ist? So bleiben der Polizei nur zwei Möglichkeiten – entweder wird die Entfernungs-Aufforderung zwar ausgesprochen, aber die Bussen werden kaum durchgesetzt, womit der vielbeschworene „Abschreckungscharakter“ des Artikels dahin wäre. Oder die Polizei büsst tatsächlich alle, die sich nicht unverzüglich entfernen, was kaum dem Gebot der Verhältnismässigkeit entsprechen kann.

## **Unnützlich**

Der Entfernungsartikel verhindert keine Ausschreitungen. Die Initianten weibeln mit Bildern vom 6. Oktober 2007 um die Gunst der StimmbürgerInnen – doch auch die damaligen Ausschreitungen hätten mit dem Entfernungsartikel nicht verhindert werden können. Im Gegenteil: Die Ankündigung, eine Demonstration aufzulösen und das Drohen mit Bussen führt eher zu einer Eskalation als zur Beruhigung einer Situation. Erfahrungsgemäss laufen Demonstrationen immer dann reibungslos ab, wenn die Bedingungen sowohl für die Organisatoren als auch für die Bewilligungsbehörden in Ordnung sind und keine unnötigen Provokationen seitens der Polizei passieren. Ein Beispiel: Der antifaschistische Abendspaziergang 2008 verlief vollkommen ruhig – dank der Tatsache, dass sich die Polizei im Hintergrund gehalten hat.

Aus diesen drei Gründen empfiehlt euch die JA! am 13. Juni ein klares NEIN in die Urne zu legen.

# Homo homini lupus est

## Oder: Ein Abstecher in die (bürgerliche) Schwarzmalerei

*„Die Jungen sollen gefälligst mal arbeiten gehen, statt die ganze Zeit nur rumzulungern und zu saufen.“ Oder: „Also, die Jungen würden ja ohne Probleme eine Arbeiten finden, die sind einfach nur zu faul, eine zu suchen. Lieber auf der faulen Haut liegen und den Staat schröpfen.“ Von Lea Bill und Barbara Zimmermann*

So oder ähnlich hörte es sich an, als ich letzten Samstag auf der Strasse für das Referendum gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung Unterschriften gesammelt habe. Klar, es gab auch viele Menschen, die mit mir einig waren, den Abbau der Leistungen eine Frechheit finden und unterschrieben haben. Aber wie's so ist, die negativen Reaktionen bleiben einem halt doch (fälschlicherweise) besser in Erinnerung.

Die obigen Aussagen im Kopf stellte ich mir die Frage, ob die Jugend von heute vielleicht effektiv faul und verwöhnt ist. Und ob sie eventuell wirklich nur dann in Aktion tritt, wenn es darum geht, Sachschaden anzurichten oder Alkohol in Übermassen zu trinken. Und schon bald kamen mir all die Schlagzeilen von randalierenden und saufenden Jugendlichen, einer Jugend ausser Rand und Band so zu sagen, in den Sinn. Und plötzlich hatte ich auch all jene Zeitungsartikel vor Augen, die über die unerträglichen Zustände mit bettelnden und fixenden Menschen in den Gassen Berns berichte(te)n, so dass sich der normale Bürger nicht mehr wohlfühlen kann. Mit diesen Gedanken war der Weg geebnet, auch noch über all jene Leute nachzudenken, welche unrechtmässig Sozialhilfe oder Gelder der Invalidenversicherung beziehen. Und ist es nicht so, dass ein grosser Teil dieser BegtrügerInnen ausländischer Herkunft sind, fragte ich mich weiter. Diesen Gedanken löschte ich jedoch augenblicklich aus meinem Gedächtnis, man könnte ja meinen, ich sei eine Rassistin. Nein, nein, die Sozialhilfe- und InvalidenversicherungsbetrügerInnen, das können gleichermassen AusländerInnen und SchweizerInnen sein, auf jeden Fall.

Meine Gedanken der letzten Minuten reflektierend begann ich mich zu fragen, wie gross eigentlich in heutigen Zeiten die Wahrscheinlichkeit ist, dass ich überhaupt noch einem aufrichtigen, betrugsfreien, ehrlich arbeitenden Menschen begegne. Und ich fragte mich, ob es nicht besser wäre, ab jetzt mein hart verdientes Geld nicht mehr in die Sozialversicherungen, sondern nur auf ein privates Konto einzuzahlen, auf das ich im Alter oder bei Krankheit zurückgreifen kann. Und wenn ich schon dabei wäre, könnte ich mir auch noch eine anständige Alarmanlage für meine Wohnung anschaffen, mein Velo bei Nichtgebrauch unter Strom stellen und wäre es nicht auch vernünftiger, das Haus nur noch bis unter die Zähne bewaffnet zu verlassen?

Verdammt, wo haben mich meine Gedanken nur hingeführt?! Die Schweiz eine Gesellschaft voller

SchmarotzerInnen, BetrügerInnen und Gewalttäter, in der sich niemand mehr sicher fühlen kann?! Der Mensch als des Menschen Wolf, welcher die kontrollierende und strafende Hand des Staates braucht?!

Diese Philosophie von Thomas Hobbes, nach welcher der Mensch des Menschen Wolf sei und wir deswegen zu unserem eigenen Wohl einen repressiven Leviathan brauchen, scheint heutzutage überholt. Aufgrund des ideologischen Wandels welcher mit der Globalisierung und neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte einhergeht, stellt David Garland eine Verschiebung der Sozialpolitik in Richtung Sicherheitspolitik fest.

Während man früher Kriminalität als ein von der Gesellschaft verursachtes Problem angesehen hatte, wird sie heute als individuell und selbst verschuldet betrachtet. Sozialleistungen seien daher durch härteres Durchgreifen der Sicherheitskräfte zu ersetzen. Die These, nach welcher der Abbau des Sozialstaates zu einer verschärften Kriminalpolitik führt, ist im angelsächsischen Raum schon lange erhärtet und scheint sich nun auch in der Schweiz zu bewahrheiten. Besonders bürgerliche PolitikerInnen verbreiten ein Gefühl der Unsicherheit, um es danach zu instrumentalisieren um WählerInnenstimmen zu gewinnen. So wird der Aufenthalt junger und oder „randständiger“ Personen im öffentlichen Raum kriminalisiert und mit Repression bekämpft. Diese Logik greift allerdings zu kurz, denn unter KriminologInnen und SoziologInnen ist der Zusammenhang zwischen Jugenddelinquenz und Jugendarbeitslosigkeit schon lange bekannt. Viele Schul- und LehrabgängerInnen sind heute mit einer Perspektivenlosigkeit konfrontiert, wie nie zuvor, ein guter Schul-/Studienabschluss ist heute keine Garantie mehr für einen sicheren Job. Einerseits wird von Jugendlichen verlangt, dass sie arbeiten und nicht ihre Zeit mit „Botellónes“ totschiagen, andererseits bleibt ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt oft verwehrt, was zwangsmässig zu einer grossen Verunsicherung führen muss.

**Deshalb: Sagen wir NEIN zur ewigen Angstmacherei, sagen wir NEIN zu dieser unhaltbaren Schwarzmalerei, sagen wir NEIN zur Kriminalisierung eines Grossteils der Gesellschaft, sagen wir NEIN zum Abbau von Sozialleistungen, sagen wir NEIN zum Jugendbashing, sagen wir NEIN zu mehr Repression!!!**

# Sackgasse Asylverfahren

*„Die Schweiz ist ein Land, das berühmt dafür ist, dass Sie dort frei sein können. Sie müssen aber Tourist sein.“ Dieses Zitat von Bertold Brecht wirft 65 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges ein sehr aktuelles Licht auf die Praxis im Schweizer Asylverfahren. Von Sarah Meyer*

„Integration ist die Herstellung von Chancengleichheit und Partizipation. Ausländerinnen und Ausländer, welche sich rechtmässig und dauerhaft in der Schweiz befinden, sollen gleichwertigen Zugang zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Leben in der Schweiz erhalten“. So die Einleitung auf der Startseite des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Wer sich rechtmässig in der Schweiz befindet und die Zulassung zum Arbeitsmarkt und den nachfolgenden Anschluss an das gesellschaftliche und soziale Leben in der Schweiz erhalten möchte, braucht eine Niederlassungsbewilligung oder eine Aufenthaltsbewilligung, die zu einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Für Angehörige der EU/EFTA - Staaten ist die Zulassung zum Arbeitsmarkt durch die Personenfreizügigkeit einfacher als für Mitglieder sogenannter Drittstaaten, bei denen diejenigen Menschen von Interesse sind, welche durch eine berufliche Spezialisierung Lücken im Arbeitsmarkt bedienen, die nicht mit Schweizer oder EU Staatsangehörigen gefüllt werden können. Strömen zu viele Erwerbssuchende aus der EU in die Schweiz, kann der Bund die Einwanderung durch die sogenannte Ventil-Klausel beschränken, die den Anteil der Zuwanderung fünf Prozent über dem Durchschnitt der letzten drei Jahre einfrieren soll.

Die Schweiz orientiert sich bei der Aufnahme von ZuwandererInnen, die vornehmlich aus Drittländern stammen, an zwei Verfahren. Zum einen gewährt die Schweiz durch das Asylverfahren denjenigen Menschen die Aufnahme, welche nach den Kriterien der Genfer Konvention, durch politische und religiöse Verfolgung sowie durch Naturkatastrophen Schutz bedürfen. Sie gelten als Flüchtlinge. Davon werden alle Menschen unterschieden, die in der Schweiz einen besseren Platz zum Leben suchen. Sie gehören zur Gruppe der Migrierenden. Ihre Gesuche auf Asyl sind laut der entsprechenden Internetseite des Bundesamtes für Migration (BFM) zum Flüchtlingsbegriff umgehend abzuweisen.

Die kommentierte Asylstatistik des Jahres 2009 des BFM führt auf, dass aufgrund der Finanzkrise im Jahre 2009 3,6% weniger Asylgesuche eingegangen sind. Das „wichtigste und zugleich neue Herkunftsland“ war 2009 Nigeria, gefolgt von Eritrea, Sri Lanka, Irak und Afghanistan. Als Grund für die auffällige Zunahme von EinwandererInnen aus Nigeria nennt

der Kommentar ausschliesslich die Finanzkrise. Die Schweiz gewinne durch ihre relative Verschontheit gegenüber vorherigen Zielorten wie Italien und Spanien an Beliebtheit. Unter der Begründung, dass fast alle nigerianischen Asylsuchenden aus wirtschaftlichen Gründen in die Schweiz kommen, wurden folglich von insgesamt 1'786 Gesuchen gerade nur eine Person aufgenommen und sechs vorübergehend Asyl gewährt. Über 1'701 Gesuche wurde ein Nichteintretensentscheid gefällt. Insgesamt haben die Fälle der Nichteintretensentscheide im Vergleich zu 2008 um rund 150% zugenommen.

Herkunft und Einwanderungsgrund, im Sinne des Beispiels Nigeria, scheinen also pauschal verknüpft und das finanzielle Interesse in den meisten Fällen als Hauptmotiv zu gelten. Noch schwieriger wird es für die Asylsuchenden, wenn Papiere fehlen, oder Aussagen als widersprüchlich auffallen. Meldungen über Missstände bei kantonalen Behörden, wie dem Asylamt Zürich, Massnahmen im Vollzug der Abweisung von AsylbewerberInnen, wie der kostspieligen Ausschaffungshaft und der bezüglich Menschenrechten fragwürdige Zwangsausschaffung, lassen hingegen zum einen das Gefühl von bürokratischen Unregelmässigkeiten und zum andern gezielter Taktik der Schweiz, für EinwandererInnen so unattraktiv wie möglich zu werden, aufkommen. Es braucht jedoch nachhaltigere, politische Lösungen, als Grenzen schliessen zu wollen. Zum Beispiel ist es absurd, weist die Schweiz NigeranerInnen ab und profitiert gleichzeitig von den zahlreichen Bodenschätzen des Landes.

Es braucht aber auch Sensibilisierungen auf die Probleme und Beweggründe der migrierenden Menschen. Organisationen wie die Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht, ‚augenauf‘ und ‚Bleiberecht für alle‘ versuchen unter Anderen den von der Ausschaffung betroffenen MigrantInnen ein Gesicht und eine Stimme zu geben, sie zu informieren und zu unterstützen. Sie leisten dabei einen wichtigen Beitrag gegen die Bürokratisierung von Menschenleben.

[www.beobachtungsstelle.ch](http://www.beobachtungsstelle.ch)

[www.augenauf.ch](http://www.augenauf.ch)

[www.bleiberecht.ch](http://www.bleiberecht.ch)

[www.bfm.admin.ch/bfm/de/home.html](http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home.html)